1 Aufnahmestopp und sofortige Sicherung der nationalen Grenzen

Das Asylrecht gilt nicht schrankenlos, vielmehr findet es seine Grenze, wenn der soziale Frieden, die Leistungsfähigkeit des Staates und die innere Sicherheit nicht mehr zu gewährleisten sind. Wir fordern daher einen sofortigen Aufnahmestopp für Asylbewerber, bis die EU-Außengrenzen gesichert sind. Hierzu sind wirksame nationale Grenzkontrollen einzuführen und Asylbewerber, die aus sicheren Drittstaaten wie z.B. Österreich einreisen wollen, an der deutschen Grenze gemäß Art. 16 a Abs. 2 GG zurückzuweisen. Gleichzeitig ist die Visumpflicht für die Länder des Westbalkans (u.a. Albanien und Serbien) wieder einzuführen.

2 Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten

Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ist zu erweitern um alle Staaten, welche die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben, es sei denn, einer dieser Staaten macht sich offenkundig schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig. Alternativ ist sicherer Herkunftsstaat jeder Staat mit einer Anerkennungsquote von unter 2 % der eingereichten Asylanträge. Menschen aus solchen und anderen sicheren Herkunftsländern können einen Anspruch auf politisches Asyl nicht geltend machen.

3 Statt Familiennachzug: Zuflucht in regionalen Schutzzonen für Bürgerkriegsflüchtlinge

Eine weitere Massenzuwanderung über den Familiennachzug für Schutzberechtigte ist nicht zu verkraften. Die nachzugsberechtigte Kernfamilie umfasst im Schnitt mindestens 4 weitere Personen, was den weiteren kurzfristigen Zuzug von mehreren Millionen Menschen bedeuten würde. Daher ist der Familiennachzug nach Deutschland auszusetzen. Stattdessen sind in der Herkunftsregion heimatnahe Schutzzonen einzurichten, in denen die Menschen Zuflucht finden können.

4 Das Asylrecht der Zukunft: Einreise nur für tatsächlich Schutzberechtigte – und nur bis zu einer festen Obergrenze

Das Recht, in Deutschland selbst Asyl zu beantragen, ist aufzuheben. Asylanträge müssen vor Ort in unseren Botschaften in den Herkunftsländern, entweder in nationaler deutscher Zuständigkeit oder in dafür einzurichtenden zentralen Auffangzentren unter Verwaltung der EU oder des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), gestellt werden. Sollte dies in einem Land wegen Krieg, Bürgerkrieg oder aus anderen Gründen unmöglich sein, sind die entsprechenden Stellen im nächsterreichbaren Nachbarland aufzusuchen. Asylgesuche an unseren Grenzen werden abgewiesen und eine Einreise abgelehnt.
Anerkannte Schutzberechtigte dürfen einreisen, bis eine von der Politik jährlich neu zu bestimmende Obergrenze erreicht ist.

5 Sach- statt Geldleistungen

Als Sofortmaßnahme sind Leistungen für Asylbewerber ausschließlich als Sachleistungen zu gewähren. Abgelehnte Asylbewerber erhalten dauerhaft nur Sachleistungen. Bargeld darf es erst nach Anerkennung des Asylantrages geben. Das gesamte übrige Anreizsystem, in Deutschland Asyl zu beantragen, ist umfassend abzubauen.

6 Keine Zwangsmaßnahmen gegen die Bürger zur Bewältigung der Asylkrise

Eingriffe des Staates in die Rechte der Bürger, um auf deren Rücken die durch verantwortungslose Politik selbst verursachte Asylkrise zu bewältigen, lehnen wir strikt ab. Eine Politik, die Immobilien beschlagnahmt, Einheimische aus öffentlichen Wohnungen herauskündigt, den Schulunterricht unserer Kinder beschränkt oder Sportstätten dauerhaft zweckentfremdet, hat jedes Maß verloren .

„Die derzeitige Asylpolitik wird weder den angeblichen Fachkräftemangel beheben noch den Bevölkerungsrückgang sinnvoll kompensieren"

Dr. Frauke Petry
Chemikerin und Unternehmerin,
Bundessprecherin der AfD
sowie Vorsitzende des Landesverbandes
Sachsen und Fraktionsvorsitzende

Trotz der großen Wahlerfolge sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen.

Jede Zuwendung hilft!
Wir freuen uns über Ihre Spende:

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende" und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Spendenkonto:
AfD Baden-Württemberg
Volksbank Stuttgart
IBAN: DE 70 6009 0100 0241 0220 02
BIC: VOBADESSXXX

Alternative für Deutschland
Baden-Württemberg
Zettachring 6, 70567 Stuttgart,
Tel. 07 11 / 21 72 63 35
geschaeftsstelle@afd-bw.de

www.afd-bw.de

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Alt-Parteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender! Mehr auf:

www.alternativefuer.de

Landtagswahl am 13. März 2016
Wählen Sie die **AfD**!

Alternative für Deutschland

V.i.S.d.P.: Alternative für Deutschland · Pressestelle · Schillstr. 9 · 10785 Berlin | 11.2015 · Fotos: fotolia

Für unser Land – für unsere Werte

Asylchaos stoppen!

Landtagswahl am 13. März 2016
Wählen Sie die **AfD**!
Jörg Meuthen

ES REICHT!

www.afd-bw.de

Alternative für Deutschland

Mit dem Mut zu Deutschland das Asylchaos unter Kontrolle bringen!

Alternative für Deutschland

Seit der Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg hat unser Land keine solche Völkerwanderung mehr erlebt. Allein im Jahr 2015 ist mit einem Zustrom von bis zu 1,5 Millionen Asylbewerbern zu rechnen, die schon aufgrund ihrer bloßen Anzahl nicht integrierbar sind.

Alle anderen großen westlichen Demokratien wie die USA, Frankreich und Großbritannien finden einen angemessenen Ausgleich zwischen der humanitären Pflicht zur Hilfe und den natürlichen Grenzen der Aufnahmefähigkeit, indem Sie lediglich einige zehntausend Bürgerkriegsflüchtlinge im Jahr zulassen. Ausschließlich die Bundesregierung beschreitet den illusionären Sonderweg, die Probleme dieser Welt durch Massenzuwanderung nach Deutschland lösen zu wollen.

Die Asylpraxis verstößt gegen geltendes Recht und fördert den Missbrauch.

In dieser Situation lassen Politiker und Parteien die Bürger allein. Von einer fairen Lastenverteilung und Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union kann keine Rede sein. Deutschland werden entgegen allen Absprachen und EU-Verträgen Sonderlasten aufgebürdet, die unser Land finanziell nicht tragen kann und die eine vernünftige Integrationspolitik unmöglich machen. Stattdessen werden Deutschland die Hände durch die Abschaffung nationaler Grenzkontrollen und durch EU-Konventionen gebunden, die niemals dazu gedacht waren, eine Masseneinwanderung zu regeln.

Der Bundesregierung, sämtlichen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und einem großen Teil der Medien fehlt der Mut zur Wahrheit. Es fehlt die Bereitschaft zu klaren Worten und zum klaren Handeln. Sie alle stehen der Masseneinwanderung entweder hilflos gegenüber oder wollen diese sogar, um eigene Interessen und weltfremde Ideologien durchzusetzen. Verzweifelt versuchen sie von ihrem jahrelangen Versagen und dessen riesigen Kosten abzulenken. Wer friedlich seine Besorgnis wegen der Überforderung unseres Landes äußert und die Missstände beim Namen nennt, wird zum „Volksverhetzer". Wer anderer Meinung ist als die Propagandisten einer längst absurden „Willkommenskultur", soll ausgegrenzt werden. Für die Fehlentwicklung zahlen sollen aber natürlich alle Bürger.

Die AfD setzt in dieser Situation darauf, mit dem Mut zu Deutschland und der Bereitschaft zu klaren Worten die derzeit chaotisch verlaufende Masseneinwanderung unter Kontrolle zu bringen, den wirklich politisch Verfolgten und echten Flüchtlingen zu helfen und der deutschen Bevölkerung wieder Vertrauen in die Politik und den Rechtsstaat zu geben.

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN (Stand Oktober 2015)

Zahlen, die Klartext sprechen.

1,5 Mio

Asylanträge werden in Deutschland für das Jahr 2015 erwartet, was **mehr als das Siebenfache des Vorjahres** bedeutet. Bei Fortsetzung dieses Anstiegs und angesichts des zu erwartenden Familiennachzuges ist für 2016 ohne Gegenmaßnahmen sogar mit mehreren Millionen neuen Zuwanderern zu rechnen.

1 % Asylberechtigte nach Art. 16 a GG*

35 % Aufenthaltsberechtigte**

64 % abgelehnte, ausreisepflichtige Asylbewerber

* Quelle: BAMF, Statistik Jan-Jun 2015. In Bayern liegt die Quote nach Angaben des Bayr. Staatsministeriums bei **0,2 % für das 1. HJ 2015**!
**nach Genfer Flüchtlingskonvention, gesetzlichen Abschiebeverboten und sonstigen Gründen

50% aller Asylanträge innerhalb Europas entfallen auf zwei Länder, nämlich Deutschland und Schweden.

Zahlen im Vergleich

Pro Tag
+10.000
Prien/Chiemsee:
10 Tsd Einwohner

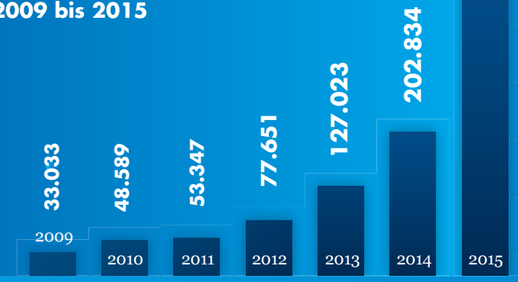
Pro Woche
+70.000
Bamberg:
71 Tsd Einwohner

Pro Monat
+300.000
Karslruhe:
299 Tsd Einwohner

2015
+1.500.000
München:
1,4 Mio Einwohner

2015 + Nachzug
+6 bis 9 Mio
Berlin: 3,4 Mio EW
London: 8,5 Mio EW

Anzahl der Asylanträge in Deutschland von **2009 bis 2015**



WAS WIR KRITISIEREN:

Die Asylpolitik ist illegal und bedeutet einen kompletten Kontrollverlust des Staates über die Zuwanderung

Seit Anfang September 2015 hat die Bundesregierung die Kontrolle über unsere Grenzen und damit ein zentrales Element unserer Staatlichkeit und unserer demokratischen Selbstbestimmung gezielt aufgegeben . Seither strömen täglich im Schnitt ca. 10.000 Menschen völlig unreguliert nach Deutschland. Nicht mehr der Volkssouverän bestimmt über Zahl und Zusammensetzung der Zuwanderer, sondern allein die Zuwanderer selbst. Die Politik der Bundesregierung wird in den Krisen- und Armutsregionen dieser Welt als ausdrückliche Einladung verstanden, sich in unbegrenzter Zahl in Deutschland niederzulassen.

Das geltende Recht wird weder beachtet noch umgesetzt: Die Bundesländer schieben nur einen Bruchteil der Ausreisepflichtigen ab. Fast alle dieser Asylbewerber sind unter Missachtung geltenden EU-Rechts nach Deutschland gekommen.

ES GIBT KEINE FAIRE LASTENTEILUNG INNERHALB DER EU.

Die Asylpolitik der Altparteien ist auf ganzer Linie gescheitert.

Um für die Aufnahme **wirklich Schutzbedürftiger** die nötigen Ressourcen bereitstellen und Akzeptanz in der Bevölkerung finden zu können, muss eine wirtschaftlich motivierte Zuwanderung unter Missbrauch des Asylrechts unterbunden werden.

Das Asylrecht darf nicht Vorwand für ungerechtfertigte Einwanderung werden.

Der Zustrom von überwiegend unqualifizierten und nicht Deutsch sprechenden Asylbewerbern kann weder den angeblichen Fachkräftemangel beheben noch den Bevölkerungsrückgang adäquat kompensieren. Allenfalls 10 % der Asylbewerber lassen sich kurzfristig in den Arbeitsmarkt integrieren, weshalb die Zahl der Arbeitslosen und der Hartz-IV-Bezieher um mehrere hunderttausend Personen ansteigen wird.

45 Mrd EUR

Alleine die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Asylbewerber wird 2015 Kosten von mindestens 45 Milliarden Euro verursachen*.

Ausgaben Bundeshaushalt 2015
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **8.5 Mrd EUR.**

*FOCUS Money online, 14.10.15